

II-8655 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4227/J

1989 -09- 27

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch  
und Genossen

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten  
betreffend Verstärkung der österreichischen Botschaft in Südafrika

Teil der Politik der westlichen Demokratien gegenüber der Republik Südafrika war in den letzten Jahren die Praxis, ihrer Ablehnung der Apartheidpolitik auch durch eine Einschränkung des diplomatischen Verkehrs Ausdruck zu geben. Zahlreiche Staaten haben daher den Umfang ihrer diplomatischen bzw. konsularischen Vertretungsbehörden in der Republik Südafrika eingeschränkt bzw. diese auch unterhalb der Botschafterebene besetzt (Geschäftsträger). Diese Maßnahmen entsprechen auch wiederholten Appellen der Vereinten Nationen, denen Österreich in der Regel seine Zustimmung gibt.

Gleichzeitig haben viele westliche Staaten ihre wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den Staaten der "Frontlinie" verstärkt, was auch in einer dichteren Präsenz zum Ausdruck kommt. Schritte westlicher Staaten zur Verstärkung ihrer diplomatischen Vertretungsbehörden in Südafrika würden also dieser Politik zuwiderlaufen und Fragen über die Aufrichtigkeit der offiziellen österreichischen Politik gegenüber der Apartheid auslösen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die nachfolgende

A n f r a g e:

1. Was hat Sie bewogen, den Personalstand der österreichischen Botschaft in Pretoria durch eine/n weiteren diplomatischen Mitarbeiter/in zu erhöhen?

- 2 -

2. Haben mit Österreich vergleichbare andere westliche Staaten in letzter Zeit ähnliche Schritte gesetzt?
3. Welche westeuropäische Demokratien haben derzeit ihre diplomatische Vertretungsbehörde in Südafrika mit Missionschefs im Range eines Botschafters besetzt, und welche anderen lassen sich durch den Geschäftsträger bzw. auf noch niedrigerer Ebene vertreten?
4. Beabsichtigen Sie, in nächster Zeit auch österreichische Vertretungsbehörden in den Staaten der "Frontlinie" personell zu verstärken bzw. in diesen Staaten (z.B. Namibia) neue Vertretungsbehörden zu errichten?